**Dein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!**


# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den redaktionellen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur bis 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandsseite, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabs, Dresden; für Ausland: Karl Preßner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Rischer, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

7. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 5. Dezember 1931 — Nummer 198


**Wir sind im Angriff!**

# Rote Volksbegehren-Lawine!

**In 14 Tagen 1954 Versammlungen in Sachsen / Im Oktober 2462 neue Mitglieder für die KPD, darunter 200 SPD-, SAJ- und Reichsbannerarbeiter / Macht den 1. Einzeichnungssonntag zur wuchtigen Kampfansage gegen Schieck-Diktatur!**

Wir sind im Angriff. Unsere rote Versammlungslawine rollt über Sachsen. Die Massen des werktätigen Volkes bringen überall stürmisch ihre Zustimmung zum roten Volksbegehren gegen die Schieckdiktatur und für die Kommunistische Partei zum Ausdruck.

In 14 Tagen fanden in Schiecksachsen 1954 Versammlungen der KPD statt.

Im Monat Oktober traten 2462 Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, kleine Bauern und Mittelständler der Kommunistischen Partei bei, davon mehr als 200 ehemalige Mitglieder der SPD, der SAJ und des Reichsbanners.

Vergeblich versucht sich der Gegner gegen unsere Anklage zu verteidigen. Vergeblich verleumdet die Führung der sächsischen Sozialdemokratie die Kommunisten als „Landesgenossen der Nationalsozialisten", um damit ihre schamlosen Hilfsdienste für die Schieckdiktatur zu bemänteln.

Die Nationalsozialisten wagen es kaum, Volksbegehrenversammlungen durchzuführen. Diese bezahlten Garden des Unternehmertums, die die besten und tapfersten revolutionären Arbeiter feige meucheln, versuchen immer noch, Schachergeschäfte mit der Schieckregierung und den bürgerlichen Parteien um Ministerposten durchzuführen, um einen Platz an der Futterkrippe zu bekommen.

Die Fronten stehen klar. Auf der einen Seite das reaktionäre Schieckkabinett mit dem volksfeindlichen Landtag, gestützt abwechselnd auf Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, verteidigt von den Parteien der Unternehmer, auf der anderen Seite das werktätige Volk Sachsens unter der Führung der einzigen revolutionären Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei.

Schieckdiktatur, Faschistenterror, Lohnraub und Streikbruch der SPD-Führer, das ist die Front der Volksfeinde, gegen die wir im roten Volksbegehren und in den Streiks gegen den Lohnraub im Massenkampf der antifaschistischen Einheitsfront den roten Angriff führen.

Seit dem 2. Dezember liegen die Einzeichnungslisten für das rote Volksbegehren in allen Gemeinden Sachsens aus. Schon haben sich zehntausende Werktätige in die Listen eingetragen. Chemnitz, Leipzig, Dresden, Plauen, geben das Signal. Die ersten Tage der Einzeichnungsfrist müssen bereits eine klare Kampfansage gegen das Schieckkabinett sein.

Darum tut alle eure Pflicht, macht den ersten Einzeichnungssonntag zu einem gewaltigen Auftakt des roten Volksbegehrens!

Schließt enger die Reihen! Bildet die rote antifaschistische Einheitsfront aller Werktätigen unter der Führung der KPD!

Hinein in die Kommunistische Partei, lest die Arbeiterstimme! Kämpft gemeinsam mit der KPD um eure Forderungen für den Sieg des roten Volksbegehrens, für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland!

## Gerade du fehlst noch

in den Einzeichnungslisten zum roten Volksbegehren!

**Nicht bis zum 15. Dezember warten**

darf man, wenn man seinem Kampfwillen gegen Schieck und seine Helfershelfer Ausdruck geben will.

**Bereits in den ersten Tagen**

hat Chemnitz Dresden geschlagen!
Am dritten Tag zeichneten sich ein:
In Chemnitz 3433, bisher insgesamt 10 700
In Dresden 1737, bisher insgesamt 5600
Und die kleinen Orte stehen immer noch an der Spitze! Bermsgrün, Wilkau, Limbach beschämen die Großstädte!

**Morgen ist 1. Einzeichnungssonntag**

Da gibt's keine Ausrede!

## Groener diktiert „Burgfrieden"

### Heraus zum Reichserwerbslosentag am 15. Dezember

Die bürgerliche Presse kündigt einen neuen ungeheuerlichen Plan Groeners an. Man beabsichtigt nämlich, einen politischen Weihnachtsburgfrieden" polizeilich zu diktieren und die politische Betätigung in Wort und Schrift bis zum 6. Januar zu verbieten. Das bedeutet, daß jede Versammlung, Werbeveranstaltung, Demonstration und Plakatierung verboten werden soll.

Gleichzeitig bereitet die Regierung eine große Verordnung gegen den Waffenbesitz mit Anmelde- und Ablieferungspflicht der Waffen vor. Ferner wird das von Groener angekündigte „Gesetz gegen die Staatsverleumder" als eine Verschärfung der arbeiterfeindlichen „Landesverrats"bestimmungen durch Notverordnung verkündet werden. Wie wir erfahren, steht die Preußenregierung voll und ganz hinter den Plänen der Brüning-Groener-Regierung.

Die Bourgeoisie will also Friedhofsruhe um jeden Preis. Die darbenden und ausgebeuteten Massen sollen diese Hungerweihnachten schweigend, in ihren kalten Löchern hungernd, hocken, damit das Gänsebratenessen der Großverdiener durch keinen Hungerruf gestört werden kann! Werktätige! Antwortet den „ruhebedürftigen" Prassern! Demonstriert euren Kampfwillen durch Einzeichnung zum roten Volksbegehren! Rüstet zum Reichserwerbslosentag am 15. Dezember!

## Kamenzer Streikfront unerschüttert!

### Organisierte Textilarbeiter stehen zur RGO

**Kamenz, 5. Dezember.**

Die Streikfront der Kamenzer Textilarbeiter ist unerschüttert. Die Sympathie der Bevölkerung für die Kämpfenden wächst. Gestern sprach Genosse Paul Jäkel in einer Textilarbeiterversammlung der RGO. Die Gewerkschaftsbürokratie war zu feige offen die Veranstaltung zu sabotieren. Sie verbreitete daraufhin die Nachricht, daß die Versammlung nicht stattfinde. 50 organisierte Mitglieder des Textilarbeiterverbandes ließen sich jedoch nicht täuschen und erschienen in der Versammlung. Die Ausführungen des Genossen Jäkel fanden bei ihnen lebhafte Zustimmung. Sie erklärten, unter allen Umständen den Kampf gegen jeden Lohnraub weiterzuführen. Die RGO organisiert die Durchführung neuer großer Kundgebungen zur Verbreiterung der Kampffront.

*

Solidaritätserklärung sämtlicher Erwerbslosenausschüsse.

Am 4. Dezember tagten die Erwerbslosenausschüsse der Amtshauptmannschaft Kamenz im Gewerkschaftshaus Pulsnitz und nahmen Stellung zum Textilarbeiterkampf. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

**„Die Erwerbslosenausschüsse der Amtshauptmannschaft Kamenz erklären sich mit den streikenden Textilarbeitern von Kamenz solidarisch. Die Erwerbslosenausschüsse geloben alle Kräfte einzusetzen, daß von Erwerbslosen keine Streikbrecherdienste geleistet werden."**

In einer Kampfabstimmung wurde mit allen gegen acht Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, die kämpfenden Textiler auch bei der **Weiterführung des Streiks über eine eventuelle Verbindlichkeitserklärung hinaus, zu stützen und sämtliche Erwerbslosenausschüsse zu verpflichten, an der Verbreiterung der Kampffront mitzuarbeiten.**

An dieser Konferenz nahmen zahlreiche sozialdemokratische und Gewerkschaftsfunktionäre teil. Einmütig wurde von den kommunistischen, parteilosen und sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern beschlossen, **eine gemeinsame Demonstration** für die Forderungen durchzuführen.

## Wer verrät die Arbeiterklasse?

### Offenes Wort an die SAP- und SPD-Arbeiter

Wie nicht anders zu erwarten war, fällt die sozialdemokratische Presse nach der Veröffentlichung des Ergebnisses der Urabstimmung in der SAP, in der sich die Mitglieder mit überwältigender Mehrheit für die Beteiligung am roten Volksbegehren ausgesprochen haben, über die SAP-Arbeiter mit der wütendsten Hetze her. Ausgerechnet das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau veröffentlicht dazu einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Verräter der Klasse". In diesem Artikel wird die Teilnahme der SAP am roten Volksbegehren als Verrat am proletarischen Klasseninteresse bezeichnet und der Pazifist Ströbel, der ja immer noch im sogenannten Parteivorstand der SAP sitzt, obwohl er bereits gegen sie schreibt, gegen die SAP zittert. Es heiße „den Wahnsinn auf die Spitze treiben, wenn man heute eine Verschärfung der Situation zum Ziel habe, die nur eine Erschwerung des Klassenkampfes bedeute". Der Artikel schließt:

„Nur Arbeiter, die Stroh im Kopfe haben, werden sich zu Handlangern solchen Gewerbes gegen ihr Klasseninteresse hergeben können."

Diese Auseinandersetzung gewinnt unter zwei Gesichtspunkten eine politische Bedeutung nicht nur für die SAP- sondern auch für die SPD-Arbeiter. Einmal, weil es der SPD-Presse ein leichtes ist, all das, was die heutigen Führer der SAP im Laufe der letzten Jahre für die Einheit der Sozialdemokratie und gegen alle Spaltungsbestrebungen der SPD geschrieben haben, heute gegen die Politik der SAP anzuführen, zweitens aber, weil die SPD-Presse heute schon den SAP-Arbeitern genau mit den gleichen demagogischen Verleumdungen den Verrat an der Arbeiterklasse vorwirft, wie sie sie tagtäglich gegen die Kommunistische Partei erhebt.

Die Bedeutung des Ergebnisses der Urabstimmung der SAP für die Beteiligung am roten Volksbegehren liegt gewiß nicht in der zahlenmäßigen Stärkung der Volksbegehrenfront, die durch diesen Beschluß erfolgt. Diese Stärkung ist so gering, daß sie tatsächlich keinerlei Rolle spielt. Aber das Ergebnis dieser Urabstimmung bedeutet eine offene Desavouierung der Führung der SAP durch ihre Arbeitermitglieder in einer Frage, in der die Klasseninteressen von Bourgeoisie und Proletariat hart aufeinanderstoßen. Der Parteivorstand der SAP, der mit Stimmengleichheit die Beteiligung am roten Volksbegehren ursprünglich abgelehnt hatte, entlarvte sich damit genau als das, als was wir Kommunisten diese zentristischen Führer immer bezeichnet haben, als die Verlängerung der Front der Tolerierungspolitiker nach links. Denn hier stand tatsächlich nichts anderes als die Frage: „Tolerieren oder nicht?" zur Entscheidung. Wer sich gegen das rote Volksbegehren zur Auflösung des Landtages zum Sturz der reaktionären Schieckregierung aussprach, der sprach sich aus für die Politik des kleineren Uebels, die in Schieck genau wie Brüning immer noch die bessere Regierung im Vergleich zu einer Naziregierung erblickt. Die SAP, wider den Willen ihrer Führer gegründet unter dem Druck des Kampfwillens sozialdemokratischer Arbeiter, gegen die Tolerierungspolitik, entschied sich in ihrer Führung bei der ersten politischen Entschei-